

Bad Schwalbach, den 06.09.2023

Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Umwelt, Mobilität, Tourismus und Kultur
Sitzungsnummer	15/XI. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 5. September 2023
Sitzungsbeginn	17:00 Uhr
Sitzungsende	19:08 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Volker Mosler	
--------------------	--

Landrat

Herr Sandro Zehner	
--------------------	--

Mitglied

Herr Volker Diefenbach	bis TOP 3
Frau Ulrike Neradt	
Herr Olaf Pulch	
Herr Marcus Resch	
Herr Martin Stappel	
Herr Sebastian Willsch	

Dezernent

Herr Thomas Wieczorek	
-----------------------	--

Stellv. Mitglied

Frau Helga Becker	
Herr Matthias Bremser	

entschuldigt

Herr Johann-Josef Becker	
Frau Miriam Fuchs	

Herr Björn Sommer	
Herr Winfried Steinmacher	

Gäste

Herr Gregor Prochaska	zu TOP 3
Herr Nils Fahlenbock	zu TOP 3
Herr Gregor Korte	zu TOP 3
Herr Karl-Heinz Gamber	zu TOP 2

Schriftführerin

Frau Yvonne Grein	
-------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Der Ausschussvorsitzende Mosler eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Mobilität, Tourismus und Kultur um 17:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, Landrat Zehner und KB Wieczorek. Als Gäste werden Herr Prochaska, Herr Korte, Herr Fahlenbock und Herr Gamber begrüßt.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, den TOP 5 vorzuziehen und nach dem TOP 2 zu behandeln. Der Abg. Stappel hat darauf hingewiesen, dass der jährliche Bericht über den Kulturfonds nicht auf die Tagesordnung des UMTK gesetzt wurde. Der Bericht soll daher als zusätzlicher TOP 8 behandelt werden. Der Punkt Verschiedenes wird somit TOP 9. Die Ausschussmitglieder stimmen den vorgeschlagenen Änderungen der Tagesordnung zu.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Umwelt, Mobilität, Tourismus und Kultur vom 27. Juni 2023

Die Niederschrift des Ausschusses für Umwelt, Mobilität, Tourismus und Kultur vom 27. Juni 2023 wird einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

TOP 2. DS XI/867 Fortschreibung Kreisstraßensanierungsprogramm und Stellungnahme zur Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion Nr. 7/23

KB Wieczorek stellt die Eckpunkte des überarbeiteten Kreisstraßensanierungsprogramm vor. Herr Gamber erläutert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt ist, den aktuellen Sachstand des Programms und die Gründe für die Kostensteigerungen.

Von der CDU-Fraktion liegt ein Ergänzungsantrag vom 5. September 2023 zur Vorlage vor, der

dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist. Der Ergänzungsantrag wird vom Abg. Willsch vorgestellt.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Mosler, Willsch, Stappel, Diefenbach, Bremser sowie Landrat Zehner.

Für den Ausbau des Geh- und Radweges in Eltville-Martinsthal wurde die Abnahme verweigert, da bereits zum jetzigen Zeitpunkt Schäden an der Decke sichtbar sind.

Wenn zukünftig Kostensteigerungen für einzelne Maßnahmen entstehen, die mehr als 30 % betragen, ist vor der Entscheidung über die Umsetzung der Maßnahme der Ausschuss für Umwelt, Mobilität, Technik und Kultur zu beteiligen.

Zunächst wird über den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion abgestimmt.
Der Ergänzungsantrag wird bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen.
Dann wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt. Er wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Das geänderte Kreisstraßensanierungsprogramm sowie die Kostensteigerungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, das sich aus der Fortschreibung des Kreisstraßensanierungsprogramms ergebende Investitionsvolumen mit dem Investitionsplan und der mittelfristigen Finanzplanung abzugleichen und den UMTK sowie den HFWD über das Ergebnis zu informieren. Sofern nach Einschätzung des Kreisausschusses das Investitionsvolumen des fortgeschriebenen Kreisstraßensanierungsprogramms nicht im Kreishaushalt abbildbar ist, ist dem Kreistag eine entsprechende Anpassung des Kreisstraßensanierungsprogramms vorzuschlagen.

TOP 3. DS XI/883 Fortschreibung gemeinsamer Nahverkehrsplan der Landeshauptstadt Wiesbaden und des Rheingau-Taunus-Kreises; Beschluss der Bürgerbeteiligung zur Maßnahmenkonzeption

Anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt ist, erläutern Herr Prochaska (RTV), Herr Korte von der (Planersocietät) und Herr Fahlenbock (loki) die Bestandsaufnahme für den Nahverkehrsplan und das Ziellinienkonzept. Die nächsten Schritte in der konzeptionellen Arbeit sind die Beteiligung der kreisangehörigen Kommunen und eine Bürgerbeteiligung.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Stappel, Willsch, Pulch, Bremser sowie Landrat Zehner.

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden Mosler soll die Beteiligung der Kommunen und die Bürgerbeteiligung parallel stattfinden. Die Ergebnisse der Beteiligung sind dem Ausschuss im Frühjahr 2024 zusammengefasst vorzulegen.

Bei der Entwicklung der Maßnahmen soll explizit bewertet werden, wie der Nutzen im

Verhältnis zu den Kosten steht. Die Wirkung der Maßnahmen soll analysiert werden, da vorhersehbar ist, dass nicht alle gewünschten Maßnahmen auch finanziert werden können.

Sodann wird über die Beschlussvorlage abgestimmt, die um den Punkt 4 ergänzt wurde:
4. Die Ergebnisse der Beteiligung sind dem UMTK im Frühjahr 2024 zusammengefasst vorzulegen.

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Die Präsentation zum aktuellen Sachstand der Fortschreibung des gemeinsamen Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Wiesbaden und des Rheingau-Taunus-Kreises wird zur Kenntnis genommen.
2. Auf der Plattform www.zusammen-zukunft.de wird eine digitale Bürgerbeteiligung zur Erarbeitung der im gemeinsamen Nahverkehrsplan für den Rheingau-Taunus-Kreis vorgesehenen Maßnahmen durchgeführt.
3. Den kreisangehörigen Kommunen wird in Dialogen zum Entwurf des Nahverkehrsplans Gelegenheit gegeben, ihre Belange in die Maßnahmenkonzeption einzubringen.
4. Die Ergebnisse der Beteiligung sind dem UMTK im Frühjahr 2024 zusammengefasst vorzulegen

TOP 4. DS XI/876 Runder Tisch Rheingaulinie

Das Fehlen der DB AG am Runden Tisch wird vom Ausschussvorsitzenden bemängelt. Gesondert soll der Konzernbevollmächtigter Dr. Vornhusen schriftlich gebeten werden, dass die DB an einem erneuten Termin bitte teilnimmt. Die Mitteilungsvorlage wird dann von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 5. DS XI/899 Sanierung Schwalbacher Straße; hier: Antrag Nr. 38/23 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. August 2023, eingegangen am 16. August 2023

Der TOP 5 wird nach dem TOP 2 aufgerufen.

Herr Gamber erläutert, dass die Planung der Schwalbacher Straße eng mit der Verkehrskommission der Stadt Eltville abgestimmt wird. Die im Antrag genannten Punkte werden Teil der Abstimmungen sein.

Daraufhin zieht der Antragsteller den Antrag zurück.

Abstimmungsergebnis: **vom Antragsteller zurückgezogen**

**TOP 6. DS XI/900 Kommunaler Hitzeaktionsplan für den Rheingau-Taunus-Kreis;
hier: Antrag Nr. 39/23 der FDP-Fraktion vom 14. August 2023,
eingegangen am 16. August 2023**

Landrat Zehner erläutert, dass in der Verwaltung bereits an der Hitzeaktionsplanung gearbeitet wird. Mit der Neubesetzung der Stelle der Klimaschutzfachkraft wird diese Person die Hitzeaktionsplanung federführend übernehmen.

Der Antrag wird sodann mehrheitlich beschlossen, bei einer Gegenstimme.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, dem Kreistag einen kommunalen Hitzeaktionsplan für den Rheingau-Taunus-Kreis auf Basis der Handlungs- und Umsetzungsempfehlungen des HHAP bis Jahresbeginn 2025 zur Beschlussfassung vorzulegen.

**TOP 7. DS XI/901 Neubau einer Güterverkehrsstrecke für den Eisenbahnkorridor
Mittelrhein; hier: Resolutionsantrag Nr. 40/23 der CDU-Fraktion
vom 16. August 2023**

An der Aussprache beteiligen sich Abg. Resch und Landrat Zehner.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt, bei einer Enthaltung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreistag begrüßt, dass das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) unter dem Titel „Infrastrukturelle Konzeption für den Eisenbahnkorridor Mittelrhein: Zielnetz II“ eine Machbarkeitsstudie für die alternative Güterverkehrsstrecke Troisdorf-Mainz-Bischofsheim zur Entlastung des Rheintals erstellt hat, wie sie der Kreistag zuletzt mit seinem Beschluss vom 27.03.2019 gefordert hat.

2. Der Kreistag begrüßt, dass die vorliegende Konzeption mit der Variante I eine gegenüber der im Bundesverkehrswegeplan 2030 untersuchten Trassenvariante ZN MR II deutlich kostengünstigere und technisch umsetzbare Trassenführung identifiziert. Diese erreicht durch den vorgesehenen weitgehend unterirdischen Streckenverlauf eine sehr weitgehende Entlastung des Rheintals von den Lärm- und Erschütterungsemissionen des Schienengüterverkehrs und vermeidet gleichzeitig eine neue Belastung der Bevölkerung an anderen Stellen im Rheingau-Taunus-Kreis.

3. Der Kreistag weist die Feststellung der Machbarkeitsstudie zurück, dass es auf der Rheinstrecke an Kapazitätsengpässen fehle und dass „das prognostizierte und zukünftig

erwartete Verkehrsaufkommen [...] mit den vorliegenden Kapazitäten im Mittelrheinraum umsetzbar [ist].“ Er stellt stattdessen fest, dass die Initiativen des Rheingau-Taunus-Kreises zur Verbesserung des SPNV-Angebots auf der Rechten Rheinstrecke stets an der infolge der hohen Auslastung durch den Schienengüterverkehr fehlenden Kapazität scheitern.

4. Der Kreistag stellt weiterhin fest, dass bei der Erstellung der Machbarkeitsstudie die Veränderungen, die er gegenüber den Bewertungen der Güterverkehrsstrecke im Bundesverkehrswegeplan 2030 gefordert hat, nicht umgesetzt worden sind.

5. Der Kreistag fordert das BMDV auf, die Machbarkeitsstudie umgehend zu überarbeiten und dabei:

a. die Belange des Personenverkehrs auf den betroffenen Strecken, insbesondere des ÖPNV, angemessen zu berücksichtigen.

b. die Verflechtungsprognose 2030 über die erwarteten Zugleistungen durch die Anzahl der Züge, die nach der Kapazität der Güterverkehrsstrecke im realen Fahrbetrieb möglich sind, zu ersetzen.

c. Die Wertansätze zur Bewertung von Geräuschbelastungen in der Nutzen-Kosten-Untersuchung deutlich zu erhöhen.

d. eine separate Nutzenkomponente „Beiträge zur Förderung internationaler Beziehungen“ einzuführen

6. Der Kreistag fordert den Bund auf, die Variante I der Infrastrukturellen Konzeption für den Eisenbahnkorridor Mittelrhein: Zielnetz II in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030 aufzunehmen und das überragende öffentliche Interesse am Bau dieser Bahntrasse festzuschreiben. Er fordert zudem das Land Hessen auf, sein Einvernehmen dazu zu erteilen.

7. Der Kreistag fordert das Land Hessen auf, sich die vorstehenden Forderungen zu Eigen zu machen und selbst beim Bund vorzutragen.

8. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die vorstehenden Forderungen an das BMDV, an die Fraktionen im Deutschen Bundestag, an das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen sowie an die Fraktionen im Hessischen Landtag zu richten.

TOP 8. DS XI/857 Kulturfonds FrankfurtRheinMain GmbH, hier: jährlicher Sachstandsbericht gemäß Kreistagsbeschluss vom 14.12.2021

Als TOP 8 wird der Sachstandsbericht zum Kulturfonds FrankfurtRheinMain GmbH behandelt (DS XI/857).

Der Sachstandsbericht wird an die Ausschussmitglieder verteilt. Ausschussvorsitzender Mosler führt aus, dass dem Mitgliedsbeitrag von 300.000 € eine Fördersumme von 350.000 € gegenübersteht.

Der Sachstandsbericht wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 9. DS Verschiedenes

Ausschussvorsitzender Mosler weist darauf hin, dass am 7. September 2023 eine Informationsveranstaltung für Weidetierhalter über die Fördermöglichkeiten zum Schutz vor Wolfsschäden in Hohenstein-Breithardt stattfindet.

Abg. Stappel erkundigt sich nach dem Sachstand der Stellenbesetzung der Klimaschutzfachkraft. Landrat Zehner stellt dar, dass das Auswahlverfahren derzeit läuft.

Ausschussvorsitzender Mosler beendet die Sitzung um 19:08 Uhr.

Bad Schwalbach, 6. September 2023

.....
(Volker Mosler)
Ausschussvorsitzender

.....
(Yvonne Grein)
Schriftführerin